

# BESCHLUSS

---

**des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 28. Oktober 2019**

---

## Die Bundeswehr gehört in die Mitte der Gesellschaft: 10 Forderungen zur Stärkung des „Staatsbürgers in Uniform“

Wir Freie Demokraten stehen hinter unseren Soldatinnen und Soldaten. Wir fordern nicht nur die beste Ausrüstung für die Bundeswehr. Wir möchten unseren Soldatinnen und Soldaten auch den politischen und gesellschaftlichen Rückhalt geben, der sie für ihren wichtigen Dienst motiviert. Wir Freie Demokraten möchten deshalb die Wahrnehmung und Akzeptanz der Bundeswehr fördern. Unsere Soldatinnen und Soldaten verdienen Anerkennung und Wertschätzung für ihren Dienst, den sie oft unter erheblichen persönlichen Belastungen und Entbehrungen leisten. Deshalb sprechen wir uns für folgende Maßnahmen aus:

1. Anerkennung und Wertschätzung drücken sich in einer angemessenen Ausgestaltung der sozialen und materiellen Rahmenbedingungen des Dienstes in der Bundeswehr aus. Hierzu muss die Bundeswehr endlich die finanziellen Mittel und die politische Rückendeckung erhalten, um ihren Auftrag durchführen zu können.
2. Der Tag des Peacekeepers sollte mit einem zentralen Festakt gestärkt werden. Ein Ehrenmal für die Einsatzkräfte aller Ressorts, die weltweit im Einsatz für die Bundesrepublik Deutschland ihr Leben verloren haben, sollte in räumlicher Nähe zum Reichstag entstehen und die Politik an Ihre Verantwortung für die Auslandseinsätze erinnern.
3. Die Wahrnehmung von Soldatinnen und Soldaten in der Öffentlichkeit ist zu stärken. Denn die Angehörigen der Bundeswehr sind „Staatsbürger in Uniform“, die die gleichen Rechte und Pflichten wie jeder Staatsbürger haben, jedoch den Werten und Normen des Grundgesetzes besonders verpflichtet sind. Deshalb sollen Gelöbnisse, Beförderungen und Verabschiedungsbeziehungsweise Begrüßungsappelle in den Auslandseinsatz nicht hinter Kasernenmauern, sondern in der Mitte der Gesellschaft auf öffentlichen Plätzen, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und Lokalpolitik durchgeführt werden. Der Tag der Bundeswehr sollte jedes Jahr von einem zentralen Festakt in Berlin begleitet werden.
4. Es darf keine Platzverweise für eine demokratisch legitimierte Institution wie die Bundeswehr im öffentlichen Raum geben. Eine „Ausladung“ der Bundeswehr bei staatlich geförderten Veranstaltungen sehen wir kritisch und ermuntern zum Dialog zwischen der Bundeswehr und allen gesellschaftlichen Schichten. Die Bundeswehr soll selbstverständlich ihrer Informationspflicht im öffentlichen Raum nachkommen sowie uneingeschränkt gemäß den geltenden Vorschriften für den Dienst in den Streitkräften werben.
5. Patenschaften zwischen der Bundeswehr und Kommunen vertiefen die Beziehungen zwischen Soldatinnen und Soldaten und lokaler Bevölkerung. Kommunen sollten neben der Einrichtung von Ehrengräbern der Bundeswehr dazu ermutigt werden, öffentliche Straßen und Plätze nach gefallenen, oder aber auch nach besonders verdienten Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten

zu benennen, um somit die Erinnerung an diese zu wahren. Die Familien und Angehörigen sind hierbei eng einzubeziehen. Die Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. ist zu suchen.

6. Die Veteranendefinition des Bundesministeriums der Verteidigung vom Volkstrauertrag 2018, die alle aktiven und ehemaligen Soldatinnen und Soldaten zu Veteranen erklärt, ist nicht zielführend. Stattdessen sollte die Gruppe von Soldatinnen und Soldaten, die in mindestens einem Auslandseinsatz eingesetzt war, stärker in den Fokus gerückt werden. Wir fordern eine Erfassung aller Einsatzveteranen, um die besonderen Bedürfnisse dieser Gruppe in den Blick zu nehmen und auch negative Einsatzfolgen, wie beispielsweise eine Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) zu erfassen. Für diese (Einsatz-)Veteranen könnte ein Veteranenausweis, der mit bestimmten Bonifikationen verbunden ist, ein Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung sein und Anreize schaffen, um mit der Bundeswehr in Verbindung zu bleiben.
7. Die Bewerbung Deutschlands um die Invictus Games begrüßen wir und haben diese mit Nachdruck gefordert. Die Austragung muss gemäß den Vorgaben der Invictus Games Foundation in einem angemessenen Rahmen und unter breiter gesellschaftlicher Beteiligung stattfinden. Wir bitten den Bundespräsidenten, die Schirmherrschaft für die Veranstaltung zu übernehmen. Die Kooperation mit Sportvereinen ist über die Invictus Games insbesondere in Hinblick auf die Integration versehrter Soldatinnen und Soldaten auszubauen.
8. Reservisten bilden eine wichtige Brücke zwischen Bundeswehr und Gesellschaft. Anreize für Unternehmen, ihre Beschäftigten für Reservedienstleistungen freizustellen müssen weiter erhöht werden. Jeder Reservist muss seitens der Bundeswehr die Möglichkeit bekommen, eine mindestens zweiwöchige Wehrübung im Jahr zu absolvieren.
9. Optionen für den gesellschaftlichen Diskurs mit der Bundeswehr sind auszubauen. Das existierende Konzept der Jugendoffiziere hat sich mit der Aussetzung der Wehrpflicht überlebt. Die Beschränkung auf Schulen ist auf die Dauer zu einseitig. Stattdessen ist der Aufbau eines professionellen öffentlichen Informationsdienstes der Bundeswehr anzustreben, dem sich auch andere Ressorts anschließen sollten, um die Notwendigkeit exekutiver Instrumente des Staates aktiv in allen Gesellschaftsbereichen zu erläutern. Angehörige dieser Strukturen in der Bundeswehr sollten präziser Bürgeroffiziere heißen, akademisch ausgebildet sein und kontinuierlich fortgebildet werden. Sie sollten Expertise aus möglichst vielen Bereichen der Bundeswehr repräsentieren. Der Zugang zu Schulen und anderen Bildungseinrichtungen sollte durch Kooperationsabkommen mit den jeweiligen Ebenen geregelt werden, zumal es in deren Eigeninteresse sein muss, dieses wertvolle Instrument in ihren jeweiligen Bildungsauftrag einzubinden.
10. Soldatinnen und Soldaten sollen sich in ihren Uniformen wohlfühlen und diese gerne tragen. Die Vorschriften zur Anzugsordnung der Bundeswehr sowie zum äußeren Erscheinungsbild der Soldatinnen und Soldaten sind an gesellschaftliche Realitäten anzupassen. Männliche und weibliche Soldaten sind in jeglicher Beziehung gleichzustellen, beispielsweise in Hinblick auf das Tragen von langen Haaren oder von Körperschmuck. Geltende Sicherheitsbestimmungen sind dabei nicht aufzuweichen. Gestaltung und Schnitt des Dienstanzuges sind an heutige Tragewohnheiten anzupassen und zu modernisieren.